

LI-Paper

Ist der Euro (fast) so gut wie Gold? – Eine Debatte um Einheitswährung und flexible Wechselkurse



GÉRARD BÖKENKAMP* • September 2012

Eine grosse Zahl von liberalen Ökonomen und Publizisten haben die Einführung des Euro kritisch begleitet, doch es gibt tatsächlich auch liberale Stimmen, die nachträglich eine Lanze *für* den Euro brechen.

Jesús Huerta de Soto etwa rechtfertigt den Euro mit Hinweis auf die Österreichische Schule der Nationalökonomie und geht sogar so weit, den Euro als eine Art „Stellvertreter“ oder Vorläufer des Goldstandards zu bezeichnen.

Huerta de Soto geht davon aus, die EZB müsste nur zurückhaltend agieren und die übrigen Eurostaaten auf Hilfen verzichten, dann würden in der Eurozone jene Anpassungsmechanismen greifen, die wir aus der Zeit des Goldstandards kennen, und der Euro könnte in der heutigen Form bestehen bleiben. Die Frage ist, ob diese Trennung zwischen der Einführung des Euro als transnationaler Währung und der Politik, die seit der Eurokrise betrieben wird, tatsächlich sauber gezogen werden kann, oder ob die Monetarisierung der Staatsschulden nicht stark durch die politische Entscheidung, eine europäische Währung einzuführen, vorgezeichnet wurde. Damit verbunden ist eine noch grundsätzlichere ökonomische Frage, nämlich ob ein System fester Wechselkurse einem System flexibler Wechselkurse tatsächlich vorzuziehen ist, denn hierauf beruhen de Sotos Ausführungen massgeblich.

Der Euro und der klassische Goldstandard

Das beste denkbare Geldsystem ist nach Huerta de Soto ein internationaler Goldstandard mit 100 Prozent Reservedeckung. Solange es eine solche bestmögliche Lösung nicht gibt, sei jedoch ein System mit festen Wechselkursen einem System mit flexiblen Wechselkursen zwischen den nationalen Währungen vorzuziehen. Der Euro sei also eine gute Sache, weil innerhalb des Eurosystems eine transnationale Währung existiert, und damit die nationalen Zentralbanken nicht mehr in der Lage sind, beliebig Geld zu drucken und Wechselkurse zu manipulieren. Innerhalb der Eurozone sind die einzelnen

* Wirtschaftshistoriker, Referent am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.

Staaten gezwungen, ihren Haushalt zu sanieren und ihren Arbeitsmarkt zu reformieren, was sie im System der nationalen Währungen mit flexiblen Wechselkursen nicht wären.

Als Beispiel nennt Huerta de Soto die Reformpolitik in seinem Heimatland Spanien. Ohne die Eurokrise wären Sparmassnahmen, wie sie jüngst dort beschlossen wurden, undenkbar gewesen. Stattdessen hätte Spanien längst die nationale Notenpresse betätigt. Im Eurosystem ist dies jedoch nicht möglich, weil die Geldpolitik nicht mehr länger bei den nationalen Zentralbanken sondern bei der EZB angesiedelt ist. Darum plädiert Huerta de Soto dafür, den Euro zu erhalten. Der Euro sei dem klassischen Goldstandard sogar in einem Punkt überlegen, weil es schwerer sei, aus dem Euro auszutreten als aus dem klassischen Goldstandard. Huerta de Soto ist jedoch kein unkritischer Beobachter der aktuellen Entwicklungen in der EU, so kritisiert er ausdrücklich das Ziel, im Euroraum eine gemeinsame Wirtschaftsregierung zu etablieren und die Staatsschulden zu monetarisieren.

Die positiven und die negativen Folgen des Euro

Ein zentraler Fehler in der Betrachtung Huerta de Sotos liegt aus Sicht dieses Autors, wie schon angedeutet, in der Trennung zwischen der positiven Bewertung der Einführung des Euro einerseits und der europäischen Geldpolitik andererseits. Huerta de Soto trennt die positiven Eigenschaften einer transnationalen Währung, nämlich den Reformdruck und den Verlust der nationalen Notenpresse, von den negativen Folgen, nämlich der Transferunion und der Monetarisierung der Staatsschulden durch die EZB. Das eine lässt sich aber nicht ohne weiteres vom anderen trennen. Zumindest wird uns keine Überlegung angeboten, wie dies geschehen sollte.

Huerta de Soto möchte, dass die Krisenstaaten sparen, aber nicht, dass sie auf die Europäische Zentralbank und die Bundesrepublik Deutschland Druck ausüben, um ihre Situation kurzfristig zu erleichtern. Diese Argumentation ist in sich widersprüchlich, weil denselben nationalen Regierungen, denen Huerta de Soto attestiert, dass sie sich in der Regel finanz- und geldpolitisch undiszipliniert verhalten, und denen er deshalb das Mittel der nationalen Geldpolitik nehmen will, nun unterstellt wird, dass sie sich auf europäischer Ebene diszipliniert und verantwortungsbewusst verhalten und nicht auf die Instrumente der Transferunion und europäischen Geldpolitik zurückgreifen. Diese Neigung, die positive Wirkung als notwendige Folge und die negative Wirkung als zufällige Folge der Währungsunion zu betrachten, beruht auf einer falschen Prämisse.

Analogie zwischen Gold und Papier

Huerta de Sotos zentraler Ansatz lautet: Solange es keinen Goldstandard gibt, sollte sich die Geldpolitik möglichst so verhalten, als ob es einen

Goldstandard gäbe. Das heisst, man soll das Papiergeldsystem soweit wie möglich in Analogie zum Goldstandard gestalten. Da es im Goldstandard keine flexiblen Wechselkurse zwischen Staaten gibt, da etwa in Deutschland mit derselben Goldmünze bezahlt werden könnte wie in Frankreich, sind nach Huerta de Soto feste Wechselkurse flexiblen vorzuziehen – und noch besser sei es, wenn in Deutschland mit demselben Papiergeld bezahlt wird wie in Frankreich oder Spanien. Dabei übersieht er, dass es keinen graduellen Übergang vom Papiergeldsystem zum Goldstandard gibt. Der Unterschied zwischen einer Edelmetallwährung und einer Papiergeldwährung ist nicht graduell, sondern qualitativ. In einem Papiergeldsystem gelten andere Regeln und Gesetzmässigkeiten als bei einer Goldwährung.

Deshalb ist auch die zweitbeste Lösung, in Abwesenheit eines internationalen Goldstandards, nicht ein internationales System fester Wechselkurse oder gar eine internationale Papierwährung, sondern ein Geldsystem, bestehend aus vielen Währungen mit flexibler Umtauschrelation.

Das Verhalten der EZB

Huerta de Soto spricht sich gegen den „monetären Nationalismus“, so seine Bezeichnung, also gegen das Nebeneinander nationaler Währungen in Europa aus. Er erklärt: „Vom Überleben des Euro hängt es ab, ob ganz Europa die traditionelle germanische Geldwertstabilität verinnerlicht und sich zu eigen macht.“ Das widerspricht aber eklatant dem, was er selbst über die Geldpolitik in der Eurozone in den letzten zehn Jahren schreibt: „Und so bestand der fatale Fehler der Europäischen Zentralbank darin, Europa nicht zu isolieren und vor der grossen Kreditausweitung zu schützen, welche weltweit durch die Federal Reserve der Vereinigten Staaten seit 2001 organisiert wurde. Während einiger Jahre erlaubte in flagranter Nichterfüllung des Vertrages von Maastricht die Europäische Zentralbank, dass die Geldmenge M3 in Raten von sogar über neun Prozent pro Jahr wuchs, was über dem Wachstum der Geldmenge liegt, welches ursprünglich von der EZB selbst festgelegt wurde.“

Die „germanische Geldwertstabilität“ – wie er sie nennt – springt einem da nicht gerade ins Auge. Dass die Geldpolitik der EZB nach Huerta de Soto weniger destruktiv sei als die Geldpolitik der Bank of England und der Federal Reserve ist da wenig tröstlich. Dass sich die Eurozone derzeit auf den „Pfad der Kontrolle“ begeben habe, wie er schreibt, ist zurückhaltend gesagt eine sehr optimistische Einschätzung.

Besser viele Notenbanken als nur eine

Huerta de Soto hält die Ablösung vieler nationaler Notenpressen durch eine kontinentale Notenpresse für einen Fortschritt. Er erklärt aber nicht, warum die eine sich besser verhalten sollte als die anderen zuvor. Er erklärt nicht, warum es besser sein soll, vielen kleinen Gaunern ihre Dolche wegzunehmen

und stattdessen einem grossen Gauner eine Maschinenpistole zu schenken. Grundsätzlich gilt, dass es fast immer besser ist, mit vielen kleinen Manipulatoren zu handeln als mit einem grossen. Wenn viele nationale Zentralbanken jede für sich Geld drucken, dann ist ihr Spielraum durch den Wettbewerb mit den anderen Zentralbanken eingeschränkt. Bürger und Investoren können zwischen verschiedenen nationalen Währungen wählen. Das ist eine abgeschwächte Form der Idee des Währungswettbewerbes, wie sie etwa Friedrich August von Hayek vertreten hat.

Zwar gibt es in einem solchen System Geldentwertung, die Auswirkung dieser Geldentwertung wird aber dadurch begrenzt, dass es faktisch ein Parallelwährungssystem gibt. Die Löhne werden zwar in der nationalen Landeswährung ausgezahlt und die Steuern in dieser Währung entrichtet, wer aber grössere Transaktionen abzuwickeln hat oder Sparkapital aufbaut, tut das natürlich nicht in einer Währung mit zweistelligen Inflationsraten, sondern in den harten Währungen, wie in den neunziger Jahren in Dollar oder D-Mark. Je grösser die Währungsräume werden und je mehr diese Währungsräume entweder durch feste Wechselkurse oder durch indirekte Anpassungen miteinander verkoppelt werden, desto weniger Möglichkeiten gibt es, aus einer Währung zu flüchten. Wenn sich zum Beispiel der Schweizer Franken in einem festen Umtauschverhältnis an den Euro koppelt, ist die Anlage in Schweizer Franken nur noch begrenzt eine effektive Versicherung gegen eine mögliche Inflation in der Eurozone.

Die Bundesbank im europäischen Währungssystem

Huerta de Soto baut einen Gegensatz zwischen dem Euro und dem „monetären Nationalismus“ auf, damit meint er den Zustand vor der Euroeinführung mit vielen Währungen in Europa. Dieser Gegensatz ist jedoch eher ein scheinbarer denn ein realer. Es sei denn, man ist der Ansicht, „Nationalismus“ sei lediglich eine Frage der Grösse. Stehen denn die USA, die Eurozone und China mit ihrer jeweiligen Notenbank weniger für „monetären Nationalismus“ als etwa die Schweiz, Norwegen oder Kanada, nur weil deren Währungsräume kleiner sind? Das System einer Vielzahl europäischer Währungen vor der Euroeinführung, in dem die deutsche Bundesbank eine zentrale Rolle übernommen hatte, war nicht nur ein Garant für die Stabilität der D-Mark, sondern auch das Bollwerk dagegen, dass die monetären Schleusen in anderen Ländern allzu weit geöffnet wurden. Als die Bundesbank nach der Wiedervereinigung die Zinsen drastisch an hob, um die Inflationsrate zu senken, waren fast alle übrigen europäischen Staaten gezwungen, diese Zinspolitik nachzuvollziehen. In ganz Europa mussten die Zinsen angehoben werden, weil die deutsche Bundesbank es tat.

Dahinter stand kein politischer Druck, sondern allein der Wettbewerb um Anleger. Dieser Mechanismus, der aus dem Wettbewerb der nationalen Währungen resultierte, war wesentlich effektiver als die Disziplinierung, die sich Huerta de Soto vom Euro verspricht. Zu D-Mark-Zeiten waren die Zinsen für

Italien, Spanien und Griechenland hoch, mit der Einführung des Euro wurden die Zinsen dagegen auf einem tieferen Niveau vereinheitlicht. Huerta de Soto blendet bei seinem Lob für die aktuellen Sparanstrengungen Spaniens aus, dass ohne den durch die Niedrigzinsen des Euro-Systems in Gang gesetzten Boom in Spanien, Sparanstrengungen in diesem Umfang wahrscheinlich gar nicht nötig wären. Der Niedrigzins in der Eurozone hat zu massiven Fehlinvestitionen auf dem spanischen Immobiliensektor geführt – genau wie es die Österreichische Schule der Nationalökonomie, einschliesslich und insbesondere Huerta de Soto selbst, beschrieben hat.

Unabhängigkeit der Notenbank reicht nicht aus

Es gehört zu den Fehlannahmen, die der Konstruktion der Eurozone zu Grunde liegen, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank der wichtigste Faktor für die deutsche Geldwertstabilität gewesen sei. Deshalb glaubten viele Akteure: Wäre die EZB politisch unabhängig, dann würde der Euro auch so stabil wie es die D-Mark einst war. Notwendig ist aber nicht die Unabhängigkeit der Zentralbank allein, sondern die politische Bedeutung der Sparer bei nationalen Wahlen. Unabhängige Zentralbanken sind kein Garant für stabiles Geld. Wenigen ist die Tatsache bewusst, dass die Deutsche Reichsbank zur Zeit der grossen Inflation von 1923 unabhängig gewesen ist, ebenso wie die EZB heute. Keine Zentralbank der Welt existiert letztlich im luftleeren Raum, jenseits politischer Machtkonstellationen. Dass die verschiedenen nationalen Notenbanken eine unterschiedliche Geldpolitik betreiben, das liegt auch an dem unterschiedlichen Einfluss der Sparer in verschiedenen Ländern. In einigen Ländern wird nicht gespart, dafür nehmen die Bürger Konsumentenschulden auf. Warum sollten sie also etwas gegen Inflation haben? In anderen Ländern wie Deutschland und der Schweiz wird viel gespart, und darum gibt es dort auch einen starken Rückhalt für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik.

Die Bundesbank und die deutschen Sparer

In Deutschland gab es zu D-Mark-Zeiten Millionen kleiner Sparer mit einer wachen Erinnerung an die grosse Inflation von 1923. Diese Sparer stellten eine politische Macht dar. Weder Unionsparteien noch SPD wagten es, sich mit der Bundesbank anzulegen, weil sie den Zorn dieser breiten Schicht von Sparbuchbesitzern fürchteten. Die Anhänger einer harten Geldpolitik waren Rentner und Selbständige, Facharbeiter, Beamte, Angestellte und Freiberufler. Wenn es um ihre Ersparnisse ging, dann hörte für diese Gruppe der Spass auf, mochten sie auch sonst CDU oder SPD, FDP oder Grüne wählen. Jacques Delors sagte konsterniert: Nicht alle Deutschen glauben an Gott, aber alle Deutschen glauben an die Bundesbank. Ohne diese treuen Sparer als mächtige Verbündete wäre die Unabhängigkeit der Bundesbank nur eine Formalie gewesen. Flexible Wechselkurse erlauben den Ländern mit hoher Sparquote, ihre Sparer vor der Inflationspolitik der Länder mit niedrigem Spareranteil zu schützen. Zugleich bieten die Sparerwährungen auch einen Anker für die

Ersparnisse aus anderen Ländern und begrenzen mit ihrer Hochzinspolitik die Möglichkeit für andere Länder, sich über alle Massen zu verschulden.

Feste Wechselkurse und exportierte Inflation

Das Problem in einem System fester Wechselkurse – besonders für die angesprochenen Sparer – lässt sich dagegen am Beispiel der historischen Entwicklung des Systems von Bretton Woods vor seinem Zusammenbruch 1973 darstellen: Die USA kämpften damals in Vietnam. Zur Finanzierung druckten sie Geld. Die Deutschen druckten weniger Geld. Zwischen dem Dollar und der D-Mark gab es aber einen festen Wechselkurs. Weil die Deutschen weniger Geld druckten als die Amerikaner, war der innere Wert der D-Mark grösser. Also tauschten Dollarbesitzer Dollar zum festen Umtauschkurs in D-Mark, weil sie auf den Aufwertungsgewinn spekulierten. Die Bundesbank musste sich die hineinfließenden Dollar ins Depot legen und dafür mehr D-Mark drucken. Auf diese Weise exportierten die USA und andere Staaten ihre Inflation in die Bundesrepublik, was für die Verbraucher und Sparer eine bittere Erfahrung war. Bundeswirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller versuchte damals gegenzusteuern, was ihn das Amt kostete. Sein Nachfolger Helmut Schmidt setzte hingegen auf ineffektive Devisenkontrollen. So stieg die Inflation in der Bundesrepublik auf annähernd zweistelliges Niveau, bis das System der festen Wechselkurse unter dem Druck der Dollarfluten endlich zusammenbrach und die Bundesbank mit einer Politik des knappen Geldes gegensteuern konnte. Flexible Wechselkurse sind ein Schutzwall der stabilitätsorientierten Länder gegen die Währungsflut aus den Staaten mit besonders schnellen Druckmaschinen.

Gold und Papierwährung – Können und Sollen

Die Vorstellung, ein System fester Wechselkurse oder eine transnationale Papierwährung sei „näher“ am Goldstandard – Huerta de Soto nennt das ein „Proxy zum Goldstandard“ – beruht auf einem Denkfehler. Denn es bestehen qualitative Unterschiede, die es verbieten, das transnationale Papiergeld als die Vorstufe zum oder Annäherung an den Goldstandard zu sehen. Theoretisch könnten Gold und Papier gleichermassen eine stabile Währung bilden. Wenn eine bestimmte Geldmenge geschaffen wird und die Geldmenge danach stabil gehalten wird, dann könnte eine Papiergeldwährung so stabil wie Gold sein. Worin besteht also dann der qualitative Unterschied zwischen Papiergeld und Gold? Der Unterschied liegt in den Kategorien von Sollen und Können. Im Papiergeldsystem sollen die Geldmenge nicht über die Massen ausgedehnt und Staatsschulden nicht durch die Zentralbank finanziert werden, im Goldstandard kann die Geldmenge nicht über die Massen ausgedehnt werden. Dieser Unterschied ist fundamental. Es gibt eine politische Gesetzmässigkeit: Alles, was politisch nützlich ist und zugleich möglich, wird irgendwann auch in die Tat umgesetzt – so viele gegenteilige Eide die Politik auch geschworen haben mag. Für die Politik zählt nicht, was sie nicht tun soll, sondern, was sie nicht tun

kann. Der Maastricht-Vertrag war eine Einigung darüber, was man nicht tun soll – wie weit man damit gekommen ist, kann man täglich in den Nachrichten verfolgen.

Der Goldstandard war eine Folge politischen Scheiterns

Lange Zeit herrschte die Vorstellung, auch der klassische Goldstandard habe auf einer Einigung der Staaten und Zentralbanken beruht und sei quasi von England und der Bank of England als weisen Führern gesteuert worden. Diesen Standpunkt vertraten unter anderem John Maynard Keynes und Charles Kindleberger. Diese Sichtweise wurde von dem Wirtschaftshistoriker Giulio Gallarotti in seinem Buch „The Anatomy of an International Monetary Regime“ widerlegt. Gallarotti zeigt, dass sich der Goldstandard in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht deshalb herausbildete, weil sich Zentralbanken oder Staaten auf diesen Standard geeinigt hätten, sondern im Gegenteil deshalb, weil alle Versuche, sich auf ein abweichendes gemeinsames Währungssystem zu einigen, jämmerlich gescheitert waren. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass sich konstruktive Lösungen aus unkooperativem Verhalten ergeben können, weil dadurch dezentrale Systeme erzwungen werden.

Im 19. Jahrhundert gab es in den zwei Jahrzehnten nach der Jahrhundertmitte eine Reihe von Währungskonferenzen, die von Frankreich angestoßen worden waren. Die Franzosen setzten auf eine globale Währungsordnung, sie scheiterten aber mit ihren Vorstößen am Desinteresse der Briten und am Alleingang der Deutschen. Die Franzosen standen damals der Lateinischen Münzunion vor, die auf einem Bimetallstandard – also auf dem Nebeneinander von Gold und Silber – aufgebaut war, die USA hatten ebenfalls einen solchen Bimetallstandard, die Deutschen besaßen einen Silberstandard. Insoweit sah vieles danach aus, als würde sich auf den Währungskonferenzen ein internationaler Silberstandard durchsetzen. Doch die Deutschen demonetarisieren auf eigene Faust ihr Silber und setzten unter dem Einfluss des liberalen Politikers Ludwig Bamberger auf Gold, während die Engländer beim Goldstandard blieben. Das löste eine Kettenreaktion aus – eine massive Flucht aus dem Silber. Die Einführung des klassischen Goldstandards war also das Ergebnis gescheiterter Verhandlungen und unterlassener Kooperation.

„Glorreiche Impotenz“ als Geheimnis der Geldwertstabilität

Das darauf folgende System war in den kommenden Jahrzehnten deshalb so stabil, weil jeder Beteiligte wusste, dass man sich am Ende auf sich selbst verlassen musste, schliesslich waren alle Versuche, sich auf ein einheitliches System zu einigen, gescheitert. In turbulenten Zeiten gelang es der Bank of England – die ja angeblich für die Stabilität des Systems verantwortlich zeichnete – gerade einmal mit Ach und Krach, sich selbst vor der Pleite zu retten. In Boomphasen verspekulierte sie ihr Geld nicht anders als andere Marktteilnehmer, und im Abschwung, wenn alle Geld brauchten, hatte sie in der

Regel selbst keines zur Verfügung. Man könnte in diesem Zusammenhang von einer „glorreichen Impotenz“ sprechen. Da die Bank of England als „Lender of last resort“ in der Regel ausfiel und niemand im Traum auf die Idee gekommen wäre, man könne mit der „Solidarität“ der Steuerzahler eines anderen Landes rechnen, wirkte sich Moral Hazard nicht so stark aus wie zu späteren Zeiten.

Dass der klassische Goldstandard so stabil war, lag also nicht daran, dass die Politiker damals verantwortungsbewusster, liberaler oder sparsamer gewesen wären, sondern daran, dass es schlicht niemanden gab, der einen Staat oder die „Märkte“ am Ende „gerettet“ hätte. Wenn man wirklich nachhaltig die Geldmenge vergrössern wollte, dann mussten Arbeiter das Gold im Schweisse ihres Angesichts aus den Minen Südafrikas holen. Ein solches System kann man nicht künstlich nachbilden, indem Regierungen Verträge unterschreiben. Das Nicht-Sollen kann das Nicht-Können nicht ersetzen. Weder eine transnationale Papierwährung noch ein internationales System fester Wechselkurse, das Huerta de Soto gegenüber einem System flexibler Wechselkurse bevorzugt, können funktionieren, ohne dass sich Regierungen an bestimmte Regeln halten, und das heisst in diesem Fall geld- und finanzpolitische Enthaltensamkeit üben – und hier liegt das Problem.

Flexible Wechselkurse sind das Proxy zum Goldstandard

Sowohl eine transnationale Währung als auch ein System fester Wechselkurse setzen ein grundsätzlich verantwortungsbewusstes und kooperatives Verhalten aller Beteiligten voraus. Wenn ein Land im Rahmen fester Wechselkurse Geld druckt, pumpt es die Inflation über den Wechselkursmechanismus in die anderen Volkswirtschaften. Wenn sich in der Eurozone ein Land massiv verschuldet, dann vermehrt die EZB für alle die Geldmenge, und für die Schulden müssen schliesslich alle haften. Die Eurozone und der feste Wechselkurs sind daher kein „Proxy“ zum Goldstandard, diese Rolle spielt viel eher ein System flexibler Wechselkurse. Flexible Wechselkurse und Goldstandard haben nämlich eines gemeinsam: Sie setzen nicht voraus, dass sich die Akteure „anständig“ verhalten. Beide Systeme funktionieren auch mit Regierungen, denen man die schlimmsten Absichten unterstellen kann. Im System flexibler Wechselkurse kann in der Tat eine einzelne Regierung ihre Währung inflationieren. Der flexible Wechselkurs schützt aber die anderen Staaten davor, in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Im klassischen Goldstandard konnte sich ein Land stark verschulden, aber weil Gold nur aus der Erde und nicht aus der Druckerpresse kommt, konnten die Schulden nur getilgt oder mit den Gläubigern wegverhandelt, nicht aber weggedruckt werden.

Geldwertstabilität beruht auf Interessen und nicht auf Vernunft

Man kann diesen Zusammenhang auch so auf den Punkt bringen: Bei festen Wechselkursen und transnationaler Papierwährung handelt es sich um kooperative Systeme. Beim Goldstandard und flexiblen Wechselkursen handelt

es sich um nichtkooperative Systeme. Das heisst, im ersten Fall muss die eine Partei die andere Partei bitten oder zwingen, sich auf eine bestimmte Art zu verhalten, damit sie sich selbst auf eine bestimmte Art verhalten kann. Im anderen Fall gehen alle Parteien davon aus, dass der andere sich nicht kooperativ verhalten wird, und setzen deshalb auf Handlungsautonomie. Wie wir nicht erst seit Adam Smith wissen, sind Systeme, die auf Altruismus setzen, Systemen, die auf Eigeninteresse setzen, sehr oft unterlegen.

In Abwandlung von Adam Smith könnte man sagen: Nicht auf die Vernunft, Güte oder Einsicht von Politikern und Notenbankchefs sollte man setzen, sondern auf die Stärke politischer Interessen. In einer Volkswirtschaft mit grossem Spareranteil unter den Wählern gibt es einen starken Rückhalt für eine Notenbank, die auf stabiles Geld setzt. Die Interessen der Sparer können sich in einem System der Handlungsautonomie einzelner Zentralbanken besser durchsetzen als in einem einheitlichen Währungsraum mit grossem Schuldneranteil. Wenn zehn faule Unternehmer mit zwei tüchtigen Unternehmern konkurrieren, dann wird das Ergebnis insgesamt besser sein, als wenn sich alle Unternehmer zusammenschliessen und gemeinsam mit Mehrheit über die kollektive Geschäftspolitik entscheiden, wie das heute in der EZB geschieht.

Die Argumente sprechen somit dagegen, dass ein System aus festen Wechselkursen oder eine Einheitswährung besser ist als eine Vielzahl von Währungen mit flexiblen Wechselkursen. Ebenso wenig überzeugt die These, dass der Euro ein „Proxy“ zum Goldstandard ist oder sein kann.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Die Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2012, Liberales Institut.